

Antrag

**der Abgeordneten Stephan Jersch, Heike Sudmann, Sabine Boeddinghaus,
Deniz Celik, Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch,
Ivy May Müller, Cansu Özdemir, David Stoop und Insa Tietjen (DIE LINKE)**

Betr.: Überlastete Stadtteile vor zu viel Tourismus schützen!

Hamburg wächst, der Tourismus in Hamburg wächst stärker. Zielkonflikte in der Stadtplanung sind bei diesen Steigerungen unausweichlich. Trotzdem bleibt die städtische Strategie für Hamburg weiterhin, den Tourismus ohne stadt- oder gewerbepLANERISCHE Begleitung zu befördern, und zwar derart, dass dessen Entwicklung dem Privatsektor in PPP-Projekten überlassen bleibt. Eine steuernde Funktion der Politik für nachhaltigen Tourismus, der für die Stadtbevölkerung verträglich ist, ist nicht absehbar, ebenso fehlen partizipative Elemente gänzlich.

Regelmäßig auszugsweise veröffentlichte Studien der Tourismuswirtschaft in Hamburg lassen zumindest erahnen, dass die Beachtung des Tourismus in Bezug auf die Nachteile im eigenen Lebensumfeld stärker wird – auch wenn mangels Informationen die empirische Grundlage fehlt.

Die Partizipation der Bevölkerung an einer nachhaltigen Tourismusstrategie bezeichnet der Senat in Drs. 21/15867 als „nicht zielführend“. Diese Abwertung der Beteiligung der Menschen in der Stadt ist nicht akzeptabel.

Nach Angabe des Statistikamtes Nord gab es im Juli 2024 76.079 Hotelbetten, die sich über Hamburg verteilten. Das an sich ist weit weg von einem Problem in einer Metropole mit knapp 1,9 Millionen Einwohnenden, aber diese Sichtweise ist verkürzt und damit falsch. Nach einer Auswertung der Hotelkapazitäten durch die Linksfraktion konzentrieren sich circa 55 bis 60 Prozent der Hotelkapazitäten der FHH auf den Bettengürtel um den Hafen über die Stadtteile St. Georg, St. Pauli, Neustadt, Hammerbrook, Altstadt und HafenCity. Sechs Stadtteile mit circa 40.000 Hotelbetten und knapp 65.000 Einwohnerinnen und Einwohner, was knapp 3,5 Prozent der Einwohnerschaft Hamburgs entspricht.

Während andere europäische Metropolen wie etwa Barcelona konkrete Maßnahmen, wie zum Beispiel eine Regulierung von Ferienwohnungen, gegen den Overtourismus durchführen, sind die Versuche, Tourismus in Hamburg zu diversifizieren, sang- und klanglos gescheitert. Das Missverhältnis von Hotelplätzen zu deren geographischer Verteilung, gerade auch angesichts des fehlenden bezahlbaren Wohnraums, darf nicht weiter auseinanderlaufen. In Hammerbrook und der Altstadt gibt es schon heute mehr Hotelbetten als Einwohnerinnen und Einwohner und in St. Georg und der Neustadt nähert sich das Verhältnis an.

Die Konzentration der Hotelbetten auf eine kleine Fläche der Stadt, die knapp 1,7 Prozent der Gesamtfläche ausmacht, geht nicht spurlos an der Lebensqualität und der Infrastruktur vorbei. Der Tourismus in Hamburg muss also endlich als eine Aufgabe der Stadtentwicklung begriffen werden. Im Sinne einer lebenswerten Stadt kann die politische Steuerung einem drohenden Overtourismus in Hamburg noch begegnen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. Eine Erhebung über die vorhandenen Hotelkapazitäten in den Stadtteilen Hamburgs zu erstellen und zu veröffentlichen.
2. Eine Studie durchzuführen und zu veröffentlichen, die Aufschluss darüber gibt, welche Effekte die Errichtung von Hotelkapazitäten auf die Verdrängung von Kleingewerbe, auf Mieten, Bevölkerungsdichte, Nahversorgung, Grundstückswerte sowie Grundstücksverkaufspreise in den letzten zehn Jahren ausübte.
3. Eine Obergrenze der Relation zwischen Wohnungen und Hotelbetten auf Stadtteilebene zu definieren und diese
4. für die Aufstellung von Bebauungsplänen als begrenzenden Faktor einzuführen.
5. Stadtteile in der FHH zu definieren, die touristische Hotspots darstellen.
6. Planungs- und baurechtliche Grundlagen zu schaffen, um die touristischen Hotspots der Stadt mit einer Beschränkung für Hotelbauten zu versehen.
7. Mit Beteiligung von Quartiers- und Stadtteilbeiräten eine Tourismusstrategie für die FHH zu initiieren.
8. Die Bürgerschaft hierzu über erste Umsetzungsschritte bis zum 31.01.2025 zu informieren.